

## Angst vor Negativzins und Deflation

02.12.2013

Die EZB diskutiert offen über einen Minus-Zinssatz, Sparern sollen keine „Strafzinsen“ drohen.



Die EZB erwägt, die Konjunktur mit Minuszinsen anzukurbeln.

1Wie wahrscheinlich ist derzeit die Einführung eines Negativ-Zinssatzes? In der Europäischen Zentralbank (EZB) werden bereits die Szenarien durchgerechnet: zuerst ein Nullzins, in weiterer Folge ein Minuszins. Dennoch schrecken die Notenbanker vor dem radikalen Schritt noch zurück. „Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die EZB schon jetzt so weit geht“, sagt Ökonom Stefan Ederer vom Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) im TT-Gespräch. Die EZB senkte erst Anfang November den Leitzins überraschend auf 0,25 Prozent.

2Was könnte ein negativer Zinssatz bewirken? Die EZB leiht den Banken Geld so billig wie noch nie, doch die Geldinstitute reichen es nicht wie gewünscht an Unternehmen und private Konsumenten weiter, sondern bunkern das Geld bei der EZB. Damit diese Mittel an die Realwirtschaft weitergegeben werden und das Wachstum ankurbeln, erwägen Währungshüter, die Banken mit einem Minuszinssatz zu bestrafen. Diese Kosten würden Banken weiter auf Kunden abwälzen. Schon jetzt liegt der so genannte Einlagezinssatz, der Banken normalerweise für die Lagerung der Gelder bei der EZB verrechnet wird, bei 0 Prozent. Im Gespräch ist die Absenkung auf minus 0,1 Prozent. „Negativzinsen hätten auch zur Folge, dass noch mehr Geld in Aktienmärkte und Immobilien fließt, was die Gefahr einer Blasenbildung weiter erhöht“, warnt Wifo-Experte Ederer.

3Müssen sich Sparer um ihr Vermögen Sorgen machen? Die österreichischen Banken versichern seit Wochen unisono, dass auf Spareinlagen „keine nominellen Minuszinsen“ drohen werden. Das würde bedeuten, dass Sparer, anstatt ein kleines Guthaben auf ihr Bankvermögen zu bekommen, eine Abgabe zahlen müssten. Diese Strafabgabe auf Barvermögen würde auf einen Schlag viel Vertrauen in die Geldinstitute zerstören, heißt es etwa im Raiffeisen-Sektor.

4Droht Europa wirklich eine Deflation, also ein Preisverfall? Den jüngsten Zinsschritt im November begründete die EZB mit der Begründung, der Gefahr einer Deflation

entgegenzuwirken. Ein Preisverfall würde die Konjunktur weiter lähmen. Im Oktober lag die Teuerung im Euroraum bei nur noch 0,7 Prozent, stieg im November aber wieder auf 0,9 Prozent. Nach EZB-Vorgaben ist die Preisstabilität aber bei einer Inflation von zwei Prozent gegeben. „Das Problem der EZB ist, dass sie Entscheidungen treffen muss, die zwar alle Staaten betreffen, aber nicht allen Staaten“, erklärt Stefan Ederer. (bea, APA, dpa)